

Steuerhinterziehung:

Von Zwergstaaten und Geheimdiensten

Von Gerhard Schick und Reinhard Bütikofer

Die Nachricht von millionenschweren Steuerhinterziehungen hat wie eine Bombe eingeschlagen. Daten von rund 1.000 Steuerhinterziehern dürften die Steuerfahnder mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes erhalten haben. Liechtenstein als Hort fürstlich gedeckter Steuerhinterziehung ist in den Fokus von Ermittlern und Politik geraten. Nachfolgend das Wichtigste zum Thema aus grüner Sicht.

Steuermoral

Das Verhalten von reichen Steuerhinterziehern ist empörend. Doch von VertreterInnen der großen Koalition erwarten wir mehr als Appellen an die Steuerehrlichkeit und die Hoffnung, per erhobenem Zeigefinger würden die Steuermillionen schon wieder in die Säckel der deutschen Finanzminister fließen. Moralappelle verdecken da bisherige Versäumnisse. Völlig unlogisch sind die Vorschläge von Lafontaine, man müsse die Einkommensteuer erhöhen, Managergehälter begrenzen und Aktienoptionen zu verbieten. Denn so ließe sich die Gier bekämpfen, ergo würden die Leute dann auch lieber Steuern zahlen. Realistisch und wirkungsvoll sind hingegen: Höhere Wahrscheinlichkeit, entdeckt zu werden durch mehr Steuerfahnder und die Bekämpfung von Steueroasen.

Steuerfahndung

Jeder zusätzliche Steuerfahnder bringt bis zu einer Million Euro pro Jahr – viel mehr als er kostet. Deswegen drängen die Grünen Landtagsfraktionen auf Aufstockung bei der Steuerprüfung, in NRW haben wir z.B. 350 zusätzliche Posten gefordert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das abgelehnt. Die Ministerpräsidenten betreiben lieber mit lascher Steuerprüfung Standortpolitik. Sie machen Betrieben und Privaten Steuerhinterziehung leicht, für Schulesen oder mehr Kinderbetreuung ist dann kein Geld da.

Bundessteuerverwaltung

Wir Grünen fordern seit der Bundesdelegiertenkonferenz 2004 in Kiel eine Bundessteuerverwaltung. Die würde sich lohnen: Schätzungen gehen von Mehreinnahmen in Höhe von elf Milliarden Euro aus, weil Reibungsverluste zwischen den Ländern und laxen Prüfungen zur Standortpflege überwunden würden. Die Ministerpräsidenten lehnen das seit Jahren ab. Vor diesen Hintergrund sind Forderungen wie die des saarländischen Ministerpräsidenten Müller nach schärferen Strafen wenig glaubwürdig.

Steueroasen trockenlegen

Die USA nehmen wir Grüne nur selten zum Vorbild – aber eines haben sie gut hingekriegt: Die Drohung, Schweizer Banken die Lizenz zu verweigern, hat US-BürgerInnen den Weg in alpenländische Steuersparmodelle versperrt. Die EU kann das auch hinbekommen. Denn Liechtenstein & Co. leben von der Steuerhinterziehung, leisten keine Amtshilfe. Das Fürstentum bezeichnet sich als Steueroase in einer internationalen Steuerwüste. Diese Oase gilt es auszutrocknen. Deutschland muss seine Beziehungen zu Liechtenstein an harte Bedingungen zur Kooperation knüpfen. Finanzminister Steinbrück hat angekündigt, auf EU-Ebene aktiv zu werden. Klappt das nicht, muss Deutschland allein vorgehen. Wir werden genau hinschauen, ob die Regierung ihre Versprechen wahr macht.

Schärfere Strafen gegen Steuersünder?

Es genügt, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden. Zudem ist jetzt bekannt geworden, dass den Verdächtigen vielfach Haftstrafen drohen, so erdrückend soll die Beweislast sein. Auch die Beihilfe zur Steuerhinterziehung ist strafbar, deutsche Banken sollen darin verwickelt sein. So mancher Berater wird sich auf Ärger mit der Justiz einstellen müssen. Richtig ist aber, dass viele Steuerstrafverfahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden können. Deshalb sind gut ausgestattete, spezialisierte Staatsanwaltschaften und eine Aufstockung bei der Steuerfahndung nötig.

Der BND und die angebliche Hehlerei

Wie beim Kampf gegen Terrorismus oder organisierte Kriminalität gilt für uns Grüne auch beim Kampf gegen Steuerhinterziehung, dass die Bürgerrechte gewahrt bleiben müssen. Geheimdienste müssen sich an ihren gesetzlichen Auftrag halten. Ob der BND beim Kauf der Steuer-DVD rechtlich sauber gehandelt hat, gehört deshalb vom Parlament untersucht. Je besser die internationale Kooperation, also z.B. mit den liechtensteinischen Behörden, und je besser die deutsche Steuerverwaltung im Inland, desto weniger muss auf Geheimdienste zurückgegriffen werden. Manche voreilige Kritik ist jedoch ein Ablenkungsmanöver: Wenn FDP-Generalsekretär Niebel schreit, der BND sei keine Ermittlungsbehörde wie die Polizei, dann verstehen wir das als absurde Klientelpolitik der Partei der Besserverdienenden.

Treibt kompliziertes Steuerrecht die BürgerInnen ins Ausland?

Der Steuerrechtler Paul Kirchhof, bekannt als konservative Galionsfigur aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf, begründet die Steuerflucht mit der hohen Komplexität des deutschen Steuerrechts. Diese Begründung ist falsch und lenkt von der Hinterziehungsproblematik ab, denn für die Steuerhinterzieher waren komplizierte Stiftungskonstruktionen in Liechtenstein offenbar kein Grund gegen die Steuerflucht. Richtig ist aber aus grüner Sicht, dass das deutsche Steuerrecht einfacher werden muss. Dazu haben wir auch einige Vorschläge, z.B. die Abschaffung von drei Lohnsteuerklassen bei der Einkommensteuer, nur noch eine Steuerklasse bei der Erbschaftsteuer.

Hilft oder schadet die Abgeltungssteuer?

Die Abgeltungssteuer soll eingeführt werden, um die Steuerflucht zu reduzieren. Die Steuergewerkschaft berichtet aber über steigende Kapitalflucht im Vorfeld der Einführung der Abgeltungssteuer zum 1.1.2009. Außerdem wird es dann wegen der anonymen Abführung der Steuern durch die Banken schwieriger, Steuerflucht bei Kapitalerträgen aufzudecken.